

Der FUNKKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt O m b H.).

NUMMER 145 A

BERLIN • Donnerstag, den 23. Juni 1932

1. JAHRGANG

Generalangriff der Generäle.

Die Kraftprobe. / Polizei und Reichswehr sollen auf Schleichers Pfiff hören. / Was tun Braun-Severing?

Der ADGB zur Einheitsfront.

Hk. Am Mittwochvormittag findet im Reichsinnenministerium eine Kraftprobe statt, von deren Ausgang für die nächste politische Entwicklung viel abhängt: die Innenminister der Länder kommen bei Herrn VON GAYL zusammen, um sich mit ihm über den Uniformkonflikt auseinanderzusetzen.

Der Konflikt spielt sich ab zwischen den Militärs und NS auf der einen und den süddeutschen katholischen Ministerpräsidenten auf der anderen Seite. Die Militärs, die Deutschland in ihre Verwaltung und in militärische „Zucht nehmen“ möchten, sind an der Existenz der uniformierten und das Soldatenleben bestrebenden SA aus mehreren Gründen interessiert. Einerseits brauchen sie ein Reservoire für „wehrhafte Kräfte“, andererseits brauchen sie bei der sich dauernd noch verschärfenden wirtschaftlichen Krise ein Niederhaltungsinstrument, damit die Krise so lange wie möglich auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen werden kann und Ausplünderungsmaßnahmen wie der neue 23prozentige Unterstützungsbau überhaupt durchführbar sind. Zum Zweck der Niederhaltung der Arbeiter ist aber eine private Bürgerkriegstruppe wie die SA den Militärs sehr willkommen: so braucht die Reichswehr die verhasste Aufgabe des Niederschießens Hungernder nicht zu übernehmen.

Das ist das Interesse, das die Herren Generäle in der Frage der Zulassung der Braunen auf die Straße an die Seite HITLERS bringt.

Diese beiden Partner bestürmen nun Herrn VON GAYL, den für die Frage der braunen Hemden zuständigen Reichsbeamten. HITLER ist am Montag mit einem ganzen Stab (FRANK II, FRICK, GÖRING) Herrn VON GAYL aufs Ministerium gerückt, um ihm das Rückgrat mit Entrüstung über die süddeutschen Uniformverbote und über das schneidige Vorgehen der Polizei gegen SA in München und Köln zu steifen. Auch die NS-Pressen und die HUGENBERG-Pressen beteiligen sich an diesen Versteifungsbemühungen. (Eine Abordnung der Parteileitung des Zentrums zu empfangen, hat GAYL am Dienstag abgelehnt, weil er keine Zeit habe.) Über das Reichswehrministerium weiß die „Bayerische Staatszeitung“ zu berichten, daß von dort her Herrn VON GAYL empfohlen werde, „in der Uniformfrage einen scharfen Ton anzuschlagen“.

Die Schärfe GAYLS scheint sowohl den NS wie z. B. dem „Tag“ durchaus nicht ausreichend zu sein. Trotzdem haben ihm HITLER und die Seinen am Montag nicht nur mit verärgertem Drängen zugesetzt; sie haben ihm auch einen Gefallen getan, indem sie „durchgreifende Maßnahmen des Reiches gegen die kommunistische Bürgerkriegshetze“ verlangten. In diesem Sinne unter Druck gesetzt zu werden, wird GAYL begrüßen.

Die katholischen Ministerpräsidenten von Bayern und Baden stellen an Energie des Widerstandes gegen die Pläne SCHLEICHERS und HITLERS die sozialdemokratische „Festung“ Preußen weit in den Schatten. In München hat am Dienstag vor der Abreise des Innenministers STÜTZEL nach Berlin ein Ministerrat stattgefunden. Darüber wird gemeldet, daß Bayern unbedingt daran festhalten werde, ein Uniformverbot aus eigener Machtbefugnis zu erlassen und seine Dauer selbst zu bestimmen. Gegen zuwiderlaufende Bestimmungen würde Bayern das Urteil des Staatsgerichtshofs in Leipzig anrufen.

Wo bleibt SEVERING? Weshalb tut er nicht mehr gegen die SA? Weshalb geht er nicht mit Uniformverbot gegen sie vor? Es gibt, wie wir hören, sozialdemokratische Polizeipräsidenten, die ihre Truppe für zuverlässig genug halten, um die SA-Randalisten so zu unterdrücken, wie SEVERING den Rotfrontkämpferbund unterdrückt hat; die darauf warten, daß ihnen gestattet wird, dies zu tun, und die nicht verstehen, daß nichts geschieht.

Diese Passivität der preußischen Regierung läßt sich gewiß nicht damit entschuldigen, daß sie eine nur geschäftsführende Regierung ist. Denn zu einer Notverordnung mit Gehaltskürzung reichte ihre Kraft. Das ganze Manöver der Aenderung der Geschäftsordnung des Landtages hatte ja nur den Sinn, der Regierung BRAUN die geschäftsführende Weiterexistenz zu ermöglichen. Sie sollte also nun diese Existenz

W-er. Der Vorstand des ADGB hat am Dienstag folgende Erklärung zu der Einheitsfront-Frage veröffentlicht: „Seit dem Sturz der Regierung Brüning wird der Gedanke der Einheitsfront der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei unter der Arbeiterschaft in den Betrieben lebhaft erörtert.

Der Vorstand des ADGB ist fest davon überzeugt, daß der Kampf gegen den gemeinsamen Feind

das geschlossene Vorgehen der gesamten deutschen Arbeiterbewegung zur gebieterischen Pflicht macht.

In den anderthalb Jahrzehnten der Nachkriegszeit, seit dem Beginn der verhängnisvollen politischen Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, waren die freien Gewerkschaften die Träger des Einheitsgedankens. In ihren Reihen war dieser Gedanke in den Grenzen des politisch Möglichen verwirklicht. Daß man sich von allen Seiten gerade an sie, insbesondere an den Vorstand des ADGB wendet, die Rolle des Mittlers zu übernehmen, beweist, daß diese Tatsache allseitig anerkannt wird.

Leider hat diese Anerkennung noch nicht zu der Einsicht geführt, daß die Voraussetzung für eine Einheitsfront die Einstellung des gehässigen und verleumderischen Bruderkampfes ist, der tagtäglich in Versammlungen, in der Presse und in Flugblättern geführt wird. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands hat sich noch in neuester Zeit ausdrücklich dazu bekannt, diesen Kampf hoffnungslos fortzusetzen. In einer Erklärung vom 20. Juni 1932 sagt die kommunistische Parteizentrale:

„Die Kommunisten erklären dabei ganz offen, daß sie nicht daran denken, den Parteien, mit deren Hilfe und durch deren Politik der Faschismus zur Macht gelangte, einen „Burgfrieden“ zu gewähren, wie es die SPD- und ADGB-Führer wünschen, weil sie um ihre Mandate zittern. . . . Es gibt für die Kommunisten keinen „Burgfrieden“ mit Verärrern und Feinden der Arbeiterklasse.“

Unter diesen Umständen sieht der Vorstand des ADGB für Einigungsversuche keine Erfolgsmöglichkeiten.

Die einheitliche Abwehrfront der politischen Parteien der deutschen Arbeiterbewegung ist nur denkbar, wenn alle Beteiligten freiwillig darauf verzichten, die Kampfgenossen in entehrender Weise anzugreifen. — — —

Es wird die Aufgabe der organisierten Arbeiter selbst sein, die moralischen Grundlagen für ein einheitliches Vorgehen der gesamten deutschen Arbeiterbewegung zu schaffen. . . .

Wichtig ist an dieser Erklärung die offizielle Bereitschaft zur Übernahme der Führung der Einheitsbestrebungen. Was der Vorstand des AGDB als Hinderungsgrund anführt für die Einheitsbestrebungen, kann leider nicht überzeugen. Der Vorstand beruft sich auf den bekannten Beschluß des ZK der KP. Wir haben die proletarisch unmögliche Haltung des ZK in dieser akuten Frage bereits hinlänglich und eindeutig verurteilt. Aber bei aller Borniertheit dieser Stelle darf doch nicht vergessen werden, daß sowohl

zu etwas ausnutzen. Und zwar auch zu anderen Tätigkeiten als der der Amtliche Preußische Pressedienst eben auftritt: „Die Verfassungsfelder dieses Jahres soll im Zeichen GOETHE'S stehen.“ Gerade jetzt hätte die Regierung BRAUN-SEVERING alle Veranlassung zu Taten: würde sie gegen die SA energisch vorgehen, so wäre es den Kommunisten nahezu unmöglich gemacht, eine solche Regierung bei der Ministerpräsidentenwahl am Donnerstag nicht zu unterstützen.

Ueber die Pläne SCHLEICHERS für den Fall, daß die Süddeutschen am Mittwoch nicht nachgeben, äußert die Telegraphen-Union, „man“ habe die Absicht, „die Frage des Uniformtragens allgemein reichsgesetzlich zu regeln, und zwar durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48. In dieser Notverordnung würde zum Ausdruck kommen, daß allgemeine Uniformverbote nur vom Reich

die SPD als auch die Freien Gewerkschaften für die Erbitterung zwischen den Arbeiterparteien zu einem großen Teil mit verantwortlich sind: bei einer entschiedenen Kampfstellung von SP und ADGB gegenüber der herrschenden Klasse wäre diese Erbitterung unmöglich gewesen, auch ein solcher ZK-Beschluß. Wir kommen aber in der Frage der Einheitsfront nicht weiter, wenn wir die Schuldfrage für vergangene Sünden aufrollen. Diese Aufrollung mag in mancher anderen Hinsicht und für viele andere Fälle wichtig und unerlässlich sein — für die Schaffung der Einheitsfront ist sie ebenso unzulässig. Einer muß mit der Schimpferei und Nachtragerei einmal aufhören. Der ADGB sollte sich durch das törichte Benehmen des ZK nicht stören lassen. Er sollte unabhängig von aller Zeitungspolemik seiner eigenen Einsicht folgen und den Wünschen von Millionen von Arbeitern Rechnung tragen, die Parteiführer zu einer gemeinsamen Besprechung oder Tagung einzuladen, um Auge in Auge mit ihnen zu beraten, was die Arbeiterschaft im gegebenen Augenblick für Maßnahmen ergreifen soll gegen den Faschismus. Wir sind überzeugt, daß bei einer solchen Aussprache viele Frechheiten, die den Redakteuren am grünen Tisch leicht in die Feder fließen, unterbleiben werden, wenn der, dem sie gelten, dabei sitzt. Wir sind auch überzeugt, daß es einer ersten und eindringlichen Leitung einer solchen Versammlung gelingen kann, den doktrinären Starrsinn und die überflüssigen Prestigerücksichten so weit auszuschalten, daß für eine gemeinsame Unterhaltung eine Wirkungsmöglichkeit entsteht.

Von der Verantwortung für eine solche Aktion wird der ADGB-Vorstand nicht durch einen liederlichen Beschluß des ZK befreit, auch nicht durch eine frostige Stellungnahme der „Eisernen Front“ oder einer anderen Institution. Der Vorstand des ADGB möge in dieser historisch vielleicht bedeutungsvollsten Stunde der deutschen Arbeiterbewegung nicht zurückschrecken vor Hindernissen, die geradezu ein Kinderspiel sind im Vergleich zu denen, die der Arbeiterschaft von den Faschisten schon aufgebaut worden sind und sicher in stärkerem Maße noch aufgebaut werden.

Arbeitslosigkeit stabil.

Am 15. Juni zählte die Reichsanstalt 5 569 000 Arbeitslose. Der Rückgang gegenüber dem 31. Mai beträgt nur 14 000; im Vorjahr betrug er in der gleichen Zeit 53 000.

Ein weiterer erheblicher Rückgang der Arbeitslosigkeit aus Saisonsgründen darf in diesem Jahr kaum mehr erwartet werden. Die Gelegenheit, den üblichen Saisonauftrieb zu benutzen, um die Wirkung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms zu verstärken, ist also endgültig verpaßt.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung hat um 74 000 abgenommen, die Zahl der Krisenunterstützten um 8000. Die Zahl der Wohlfahrtsberwerblosen und der Nicht-Unterstützten ist also gestiegen.

erlassen werden können“. Damit hätte SCHLEICHER den Anfang gemacht, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in den Ländern selber zu übernehmen; denn wie sollte diese Verantwortung z. B. von dem bayerischen Innenminister getragen werden, wenn ihm die Maßnahmen, die er zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung für notwendig hält, von Reichs wegen verboten werden?

Der Weg, auf den SCHLEICHER sich hier begibt, führt also zur Übernahme der Polizei durch das Reich; und das wird SCHLEICHER nicht unangenehm sein. Der Plan des Reichskommissars für Preußen dient demselben Ziel. Um einer Soldatenfakerei — wenigstens äußerlich — der braunen Hemden einer Arbeitermördertruppe wegen wird also von SCHLEICHER ein Konflikt heraufbeschworen, der zur Abtrennung der Länder führen kann.

